Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh, Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis Montag und Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 30. Freitag, den 23. Februar. 1866

Landtag.

Die Comissionsberathung über die Bankvorlage hat gestern begonnen, die Aussichten für Annahme sind sehr schwach, selbst Abgeordnete, die in der vor. Session für dieselbe gestimmt, wie z. B. Reichenheim, erkennen jetzt an, daß es sich in der letzten Geldkrisis gezeigt, wie zweckmäßig die damalige Ablehnung gewesen.

— Die beiden großen Fractionen des Abg.-Hauses beriethen am 20. d. in lange dauernden Sitzungen ihr Verhalten gegenüber der Zuschrift des Ministerpräsidenten an den Präsidenten Grabow. In der Partei des linken Centrums war nur von verschiedenen Formen der Tagesordnung, der einfachen und der motivirten, und Erledigung durch mündliche Schlußberathung, nicht von Arbeits-Einstellung, die Rede. In der Fraction der Fortschrittspartei hatte dieser letztere Vorschlag, nämlich so lange die Arbeit einzustellen, bis das Ministerium das Schreiben vom 18. d. M. zurückgenommen, eine kleine Majorität für sich, während die übrigen Vorschläge ebenfalls Vertreter fanden, die jedoch vorläufig nicht durchdrangen. Jede der beiden Fractionen wählte eine Commission von 3 Mitgliedern. Später fand die Fortsetzung der Berathung in den Fractionen statt. — Die Fortschrittspartei hat in ihrer gestrigen Sitzung unter Verwerfung der übrigen Anträge über das Ministerialschreiben vom 18. Februar beschlossen, zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Das linke Centrum schließt sich diesem Beschlusse an.

— Dem Abg. Twesten überreichte am 20. d. eine Deputation des Dorotheenstädtischen Bezirksvereins einen werthvollen Pokal mit dem Abbilde der Themis, dem Datum der Reden Twestens vom 20. Mai 1865 und 10. Februar 1846 und der Inschrift: „Dem unerschrokkenen Vertreter des Volkes.

Politische Rundschau.

Schleswig-Holstein. Den „H. N." wird von hier gemeldet: Die Adresse von 19 Mitgliedern der Ritterschaft an den preußischen Ministerpräsidenten nimmt die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch. Von den Herren, welche im Dezember 1864 die sogen. Siebzehner-Adresse unterzeichnet haben oder ihr gleich nachher beigetreten sind, finden wir unter den jetzigen Unterzeichnern nicht den Grafen Ernst Reventlow-Farve und den Grafen Holstein-Waterneverstorf. Dagegen sind neu hinzugekommen: Herr von Cronstern auf Nehmten und Marutendorf (Schwiegervater des Baron von Scheel-Plessen), Graf Platen auf Caden, Graf Blome auf Salzau, Herr v. Hollen auf Schönweide. An die nicht ritterschaftlichen Besitzer adeliger Güter ist folgende Einladung in Umlauf gesetzt:

Die Herren Besitzer adeliger Güter, welche nicht zum Corps der Ritterschaft gehören, werden hierdurch zu einer am 21. Februar d. J., Mittewochen im Fastenmarkt, elf Uhr Vormittags, in der Wohnung des Herrn Landsyndikus Professor H. Ratjen in Kiel zu haltenden Versammlung eingeladen. An die Stelle des ausgetretenen Herrn Behnke ist ein Deputirter zu wählen. Kiel, den 7. Februar 1866. Die Konferenz-Deputirten. F. Martens, Neu-Nordsee. W. Hirschfeld, Groß-Nordsee.

Herr Behnke, welcher nunmehr sein Gut verkauft, gehörte zu den Gegnern der sog. Siebzehner-Adresse und die jetzt ausgeschriebene Versammlung dürfte sich auf die Agitation gegen die Adresse der 19 beziehen. Zu letzterer haben inzwischen weitere Beitrittserklärungen stattgehabt, u. A. von dem Freiherrn v. Seydlitz und Kurzbach auf Hasselburg und Nütschau. (Auch der neueste „Staatsanz." meldet den weiteren Beitritt einiger Rittergutsbesitzer, und namentlich des Letztgenannten.

— Nach einer von der obersten Postbehörde Schleswigs erlassenen Verfügung sind alle Packete, als deren Inhalt man verbotene Zeitungen vermuthet, von dem Postamt in Gegenwart des Adressaten zu öffnen. Wahrscheinlich ist diese Auffassung des Briefgeheimnisses eine der zu schonenden „Eigenthümlichkeiten" der Herzogthümer. — Der „Börsenzeitung" telegraphirt man aus Flensburg, vom 19.: Der Gouverneur v. Manteuffel verweigert der von den Civil-Commissaren im Oktober 1864 hier unter Aufhebung des intoleranten Dänischen Gesetzes von 1753 constituirten katholischen Gemeinde auf Grund eben dieses Gesetzes die Einweihung einer Kirche, für welche Feierlichkeit der Westphälische Pfarrer Nave hierher berufen war, für so lange, als das jetzige Provisorium noch dauert, indem er dabei andeutet, daß die Preußische Regierung für sich allein die tolerantesten Grundsätze gegen alle Religionsculten zur Anwendung bringen werde.

Deutschland, Berlin, den 22. Februar. Die Adreßbewegung aus Anlaß und gegen den Obertribunalsbeschluß breitet sich in immer weiteren Kreisen aus. Es liegen heute Nachrichten aus Graudenz, Frankfurt a. O. (Adresse an Simson), Nordhausen (Vorsitzender der Wahlversammlung Baltzer), Breslau (Motivirung des Adreßantrages durch Dr. Stein), Stettin (Stadtverordnete und Vorsteher der Kaufmannschaft bildeten das Comitee), Bromberg (die Polizei inquirirte nach den Namen der das Comitee bildenden Personen, obwohl die vorschriftsmäßige Anmeldung doch die vom Gesetze erforderte Angabe enthalten sein muß, — man nahm hier, in löblicher Vereinfachung des Verfahrens, die Danziger Adresse an), Köln (der Redakteur der „Köln. Ztg.", Brüggemann, führte den Vorsitz, Classen-Kappelmann stellte den Antrag und hatte auch im eigenen Namen zu der Versammlung eingeladen, da die zuletzt von ihm im Namen des „Comitee's der Fortschrittspartei" berufene Versamm-

Preßfreuden in früherer Zeit.

Weitaus das wichtigste und bedeutendste Blatt Frankreichs war seit den letzten Jahren der Republik das „Journal des Debats", welches von den Brüdern Bertin mit Hilfe einsichtiger Mitarbeiter geleitet wurde; allein als Bonaparte sich zum Kaiser aufschwang, schritt man zur systematischen Vernichtung der unabhängigen Presse.

Als der unglückliche Herzog von Enghien nächtlicher Weile in den Laufgräben von Vicennes erschossen wurde, wagte kein Blatt auch nur ein Wort der Mißbilligung oder der Trauer; nur die „Debats" theilen in ihrem Feuilleton ein Bruchstück aus einer neuen Uebersetzung des Römischen Dichters Silius Italicus mit, in welchem der greise Fürst von Tarent seinen Sohn abmahnt, einen Meuchelmord an Hannibal zu versuchen.

So versteckte Opposition galt damals als ein muthiges Wagniß.

Und sollte man es für möglich halten, daß die Gewalthaber selbst über diese „Preßfrechheit" zürnten. Napoleon erklärte, das „Journal des Debats" könne sein Leben nur retten, wenn es sich dem von der Regierung bestellten Censor unterwerfe, seinen Namen in „Journal de l'Empire" umändere und ein Drittel des Reingewinns dem Staat überlasse. Unter diesen Bedingungen wolle er das Eigenthum des Journals für immer sicher stellen.

Die Eigenthümer unterwarfen sich nothgedrungen diesen harten Bedingungen. Napoleon schrieb dem Censor und obersten Leiter des neu umgetauften und offiziösen „Journal de l'Empire" selbst die Instruktionen vor. Darin hieß es wörtlich:

„So oft eine der Regierung ungünstige Nachricht einläuft, darf sie nicht veröffentlicht werden, bis man ihrer Wahrheit so sicher ist, daß alle Welt sie kennt, und man also nicht nöthig hat, sie überhaupt noch mitzutheilen."

Das geschah 1805. Jedes freie Wort war unmöglich. Allein die erbitterten und gehetzten Redakteure begannen nun einen Minenkrieg gegen den ihnen octroyirten Censor. Doppelsinnige Wörter und Redensarten, zu welchen sich die Französische Sprache so trefflich eignet, bittere Anspielungen unter dem Gewand unschuldiger Notizen bildeten nun ihre Waffen.

Solch giftigem Gewürm mußte man den Kopf zertreten, und Napoleon decretirte im Februar 1811 mit der ihm eigenen Mißachtung jedes fremden Eigenthums, daß das „Journal de l'Empire" zu Gunsten des Staates confiscirt sei. Er nahm sich nicht einmal die Mühe, diesen Raub zu begründen, sondern sagte einfach, die Eigenthümer hätten in den vielen Jahren seit der Gründung des Journals Gewinn genug gemacht. Der Besitz des Blattes wurde einer Gesellschaft von 24. Actionären übertragen; ein Drittheil dieser Actien behielt die Regierung, die andern wurden gierigen Hofschranzen zum Lohn ertheilt.

Die Brüder Bertin hatten das Nachsehen.

Napoleon hatte was er verlangte — Schweigen des Friedhofes in seinem Lande. Während der Krieg in den Eisfeldern Rußlands geführt wurde und ganz Frankreich ob des Ausgangs bebte, theilte das „Journal de l'Empire" zwar die offiziellen rosigen Kriegsberichte mit, unterhielt aber seine Leser hauptsächlich mit einem musikalischen Streit, in dem es sich mit einer anderen Zeitung herumzankte.

Gleichgiltigkeit galt damals als das beste Zeichen unterthäniger Treue, und Alles, was noch ein wenig Charakter hatte, wandte sich von solcher Regierung ab. Sie hatte keinen Halt mehr im Volke und stürzte, als der Feind die Grenzen überschritt.

Anders ging die Restauration zu Werke, aber auch sie stürzte, weil sie es nicht verstand, die Stimme des Volkes zu achten.

Die Reaction benutzte die Ermordung des Herzogs von Berry, um die Regierung in die alte Bahn zu drängen und es dauerte nicht lange, so war die Censur wieder in's Leben gerufen.

Ihre Thätigkeit war furchtbar; die Zeitungen erschienen gar oft mit weißen Stellen. Allein diese beleidigten das Auge. Die Thätigkeit der Censur sollte nicht vom Publikum bemerkt werden. Man verlangte, daß die weißen Stellen ausgefüllt würden. Die gemaßregelten Blätter fügten sich und setzten in die Lücken — große Scheeren. Neue Erbitterung, und der Befehl, stets einige Aufsätze vorräthig zu halten, um sie schnell einzuschieben. Da ereignete es sich denn nicht selten, daß an der Stelle eines beanstandeten Leitartikels in großen Lettern an der Spitze des Blattes die Anzeige von einem verlorenen Hündlein zu lesen war, oder daß man in ernsthaftem Tone die neue Giraffe des zoologischen Gartens besprach. Die Censoren waren wüthend, aber das Publikum verstand den Scherz und lachte.

Die Regierung wurde immer erbitterter. Die Anklagen häuften sich und die Gerichte hatten mit der Aburtheilung der schändlichen Redacteure und Schriftsteller ihre liebe Noth.

Da schrieb das Verhängniß seine „Mene Tekel" an die Wand. Die Gerichtshöfe wurden stutzig, gedachten ihrer früheren Unabhängigkeit und wollten nicht mehr die Werkzeuge eines gehaßten Ministeriums sein.

Die Regierung dagegen, welche diese Warnung

lung zu einer protokollarischen Vernehmung Veranlassung gegeben habe. Herr Ober-Procurator Boelling habe das „Comitee“ der Fortschrittspartei“, welches seit Jahren unbeanstandet Einladungen erlassen, jetzt plötzlich als einen politischen Verein qualifizirt und Herrn Classen darüber verhören lassen. Um Weitläufigkeiten dieser Art vorzubeugen, habe Herr Classen jetzt in seinem eigenen Namen eingeladen, Crefeld (Herm. v. Beckerath stand an der Spitze der Einladenden), Bielefeld (die Adresse wurde vom Kreislandrath, dem sie aus Versehen zur Unterzeichnung vorgelegt wurde, sofort confiscirt), Siegen, Lennep, Letmathe u. a. O., welche sämmtlich von der erregtesten Theilnahme melden, mit der das Land die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über jenen Beschluß des höchsten Gerichtshofes verfolgt hat.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ stellt auch für Preußen „große Dinge“ in Aussicht, ist aber über das nähere Signalement derselben sichtlich selbst noch nicht im Klaren. Sie schreibt nämlich in Bezug auf den Brief des Gr. Bismarck: „Wenn die Regierung in den erwähnten Fällen ausdrücklich eine Verfassungsverletzung konstatirt, so kann es nicht blos darauf ankommen, diese Thatsache festzustellen, sondern es ergiebt sich als weitere Consequenz die Aufgabe, die Verfassung gegen fernere Angriffe sicher zu stellen und Diejenigen, welche sich dieser Angriffe schuldig gemacht haben, zu Verantwortung zu ziehen.“ Wenn der letzte Satz irgend einen Sinn hat, so sollen also die Beschlüsse des Hauses — denn in diesem hat ja der angebliche Angriff gelegen — zur Verantwortung gezogen, das heißt, der Satz des Art. 84: „Sie können für ihre Abstimmungen in der Kammer niemals . . . . . zur Rechenschaft gezogen werden“, der ihm allerdings höchst nothwendigen Interpretation unterworfen werden. — Nach übereinstimmenden Nachrichten soll die Deutsche Nordpolfahrt in kürzester Zeit unter dem Schutze und mit Hilfe Preußens in's Werk gesetzt werden. Capit. Werner ist hierher berufen, um vor der „Militärischen Gesellschaft“ — einem Kreise höherer Offiziere — einen Vortrag über den Plan zu halten, aus dem wahrscheinlich das endgiltige Urtheil hervorgehen soll. Man will zwei in Danzig neuerbaute Dampfkanonenboote „Meteor“ und „Drache“ zur Verfügung stellen, Freiwillige der Preuß. Marine und der Hamburger Handelsflotte sollen die Bemannung bilden und im Mai oder schon April soll die Expedition von Hamburg aus in See gehen. Wie sich das mit den für Schleswig-Holstein angesagten „großen Dingen“ verträgt oder ob man die Preuß. Marine für doch noch so unbedeutend im Ganzen hält, daß auch ein Theil derselben in kritischen Zeiten leicht entbehrt werden könnte, davon sagen die betr. Bläiterr nichts. — Das offiziöse Säbelrasseln beginnt einmal wieder. Ein Pariser Corr. der „K. Z.“, der sich die Miene giebt, mit den Beschlüssen in Berlin sehr betraut zu sein, schreibt: „Binnen heute und acht Tagen dürfte sich die Situation bereits in so weit erklärt haben, daß den österreichischen Staatsmännern kein Zweifel mehr darüber hat bleiben können, wie es diesmal dem Grafen Bismsrck durchaus Ernst damit ist, die Herzogthümerfrage definitiv zu erledigen.“ Weniger heißspornig lautet folgende Erklärung der „Kreuzztg.“: „Gewisse Stimmen in Hamburger Blättern, welche irrthümlich als officiöse bezeichnet wurden, sprechen von Ansichten der preußischen Politik, nach welchen man annehmen könnte, daß es sich in dem gegenwärtigen Zeitpunkt gewissermaßen um eine „Handstreich-Politik“ in den Herzogthümern handele. Wir brauchen kaum zu versichern, daß hiervon bei den bevorstehenden Entschließungen der preußischen Regierung so ernst dieselben zu nehmen sein dürften, nicht die Rede ist.“ Ueber die Neigung der österreichischen Regierung zur Nachgiebigkeit giebt ein Wiener Correspondent der „Hamb. B.-H.“ bemerkenswerthe Nachricht. Er sagt, eine friedliche Lösung sei möglich, wenn Preußen in Wien nicht mit leeren Händen erschiene. Aber weder Geld, noch auch eine Garantie Venetiens würde in Wien angenommen werden. Preußen müsse ein Stück seines eigenen jetzigen Staatsgebiets anbieten, um das durch die Annexion Schleswig-Holsteins gestörte Machtverhältniß zu Oesterreich wieder herzustellen. — Wie verschiedene Blätter melden, ist der Probst Mamszanowski in Königsberg an Stelle des zum Bischof von Trier ernannten Dr. Pelldram zum katholischen Feldprobst destgnirt.

Oesterreich. Wichtig ist, daß die handels-politischen Unterhandlungen mit Italien endlich einen Abschluß gefunden haben. Zwar wird von offiziöser Seite auf das Entschiedenste geleugnet, daß ein politischer Meinungstausch zwischen dem Wiener und dem Florentiner Kabinete stattgehabt habe; allein schon der Umstand, daß der Impuls von dem Ministerium des Aeußern ausgegangen, und daß dieses Ministerium sich auch an den Verhandlungen, bei welchen der Handelsminister nur consultativ mitwirkte, lebhaft betheiligte, deutet auf den politischen Hintergrund der ganzen Angelegenheit hin. Zum Ueberflusse meldet die „Presse“, daß man die ausdrückliche Anerkennung Italiens zwar nicht für opportun halte, daß man sich jedoch möglicherweise bereit finden lassen würde, in bezügliche Verhandlungen einzutreten, vorausgesetzt, daß sich Aussichten auf Erfüllung gewisser Bedingungen von Seiten Italiens eröffnen würden. Die Bedingung, ohne deren Erfüllung aber an eine Anerkennug nicht gedacht werden könne, sei die Befriedigung der Ansprüche, welche die ehemaligen Souveräne von Modena, Toscana und Parma an die Italienische Regierung zu stellen haben. Eine Entschädigung des Königs von Neapel scheine jedoch nicht in den Kreis dieser Bedingungen gezogen werden zu sollen. — Welches Gewicht von Französischer Seite darauf gelegt wird, die Beziehungen Oesterreichs zu Italien in das gegenwärtige Stadium gebracht zu haben, geht schon daraus hervor, daß der Französische Botschafter Veranlassung nahm, die besondere Befriedigung seines Kabinets über die Verbesserung der Oesterreichisch-Italienischen Beziehungen in Form eines Glückwunsches auszusprechen.

Frankreich. Trotz der Rede Dupin's gegen den Luxus und der Ermahnungen der „France“ ist die Frivolität der Sitten so stark im Zunehmen, daß selbst Schriftsteller, welche keineswegs im Rufe der Heiligkeit stehen, sich in Moralprediger verwandeln. In der Wochenchronik der „Opinion Cationale“ sagt Edmond About über die Erschlaffung des politischen Sinnes in Frankreich Folgendes: „Seitdem es gefährlich ist, über das, was man denkt, zu viel zu schreiben, ist es höchst vortheilhaft, zu schreiben, ohne zu denken, und das Publikum ist allmälig von der Presse hieran gewöhnt worden. Es kümmert sich immer weniger um Politik und findet Geschmack an dem hohlen Zeug, das man ihm in tausend und tausend Tagesblättern auftischt. Alle ernstlichen Angelegenheiten werden in den Hintergrund geschoben und das Nichts macht sich überall breit. Unsere Leidenschaften wechseln den Gegenstand; die Strömung des öffentlichen Geistes verschiebt und verirrt sich. Ein Calembourg interessirt uns mehr, als eine Ministerrede; eine Straßensängerin gewinnt die Bedeutung von zehn Staatsmännern; die Alcovenfragen verdrängen die Kabinetsfragen; ein Dirnenball macht größeres Aufsehen, als ein Casus belli, und eine Jahrmarktspfeife spricht lauter zu unserem Ohr, als alle Kanonen von Nord- und Südamerika. Das Paris, das ehemals dem Weltall Ideen lieferte, schickt ihm jetzt nur noch Cancans zu. In Stockholm, Madrid, London und Florenz reißt man begierig unsere Zeitungen auf und liest alsdann, daß diese und jene Personen im Café Anglais zusammen soupirt haben, daß der Delicatessenhändler X. der Mademoiselle Y. keine Trüffeln liefert, daß die kleine Loulon von den Folies Dramatiques dem jungen Prinzen Pupow nichts versagt, daß der Hund von Dennery eine Pfote gebrochen und daß der Journalist Barbanchu fünf Tassen Kaffee im Piquet verloren hat.“ — Der Kaiser und Herr Duruy wollen bekanntlich, daß alle Franzosen lesen lernen sollen. Wenn man aber fortfahren will, die ernste Presse in Fesseln zu legen und jene politisch indifferente Schmutzliteratur zu begünstigen, die ihren Sumpf täglich weiter ausdehnt, so ist es freilich besser, mit der Einführung des obligatorischen Schulunterrichts lieber noch zu warten.

Italien. Ueber die bedenklichen Steuer-Unruhen in Italien wird der „N. Fr. Presse.“ aus Florenz geschrieben: „Begreiflicherweise bietet die Regierung Alles auf, um über die in wahrhaft bedrohlicher Progression um sich greifenden Akte von Steuerverweigerung und Renitenz, die mitunter an Aufruhr streifen und nicht selten mit Blutvergießen enden, möglichst wenig Nachrichten in die Oeffentlichkeit dringen zu lassen. Nichtsdestoweniger nehmen diese Symptome derart überhand, daß allein die den Weg in die Presse findenden Details eine stattliche, Tag für Tag wachsende Liste bilden. Als Stimmungsmesser haben diese Ereignisse eine nicht gering anzuschlagende Bedeutung, und das Ausland, das an der Entwickelung der Zustände Italiens sympathisch oder antipathisch Antheil nimmt, kann nicht umhin, von der Thatsache Akt zu nehmen, daß in allen Theilen der Halbinsel die Unzufriedenheit mit dem Steuerdrucke zu einem Grade gesteigert ist, der die Anwendung von Repressiv-Maßregeln ernstester Gattung erheischt. Das halbe Dutzend Adressen von Gemeinden, die sich bereit erklärten, ihren Patriotismus durch noch größere Steuerlasten zu bethätigen, reizte nicht zur Nachahmung; es bedarf nicht erst der Erklärungen der Volksvertreter, daß die Steuerkraft bereits auf's Höchste gespannt sei. Das Volk selber, der ewigen Vertröstungen müde, erhebt seine drohende Stimme. Eine Aufzählung der uns im Laufe der nächsten Woche bekannt gewordenen, größtentheils durch die bewaffnete Macht unterdrückten oder in ihrem vollen Ausbruche gehinderten Renitenz-Acte würde zu weit führen; es genüge die Andeutung, daß selbst in den Vorstadtbezirken von Florenz, dieser gutgeartetsten aller Städte Europa's, die Zustellung der Einkommensteuer-Zettel unter Assistenz von Munici- pal-Polizisten vorgenommen werden muß. Aus diesen Vorgängen läßt sich schließen, wie weit die Finanzfrage hierlands gleichzeitig eine politische Frage ist, und wie sehr das Parlament seine Aufgabe verkennt, wenn es die kostbare Zeit in nutzlosen Nergeleien und jämmerlichen Intriguen vertändelt. Die Zeit der leichten Erfolge ist für Italien vorüber; die Epoche der Opfer, der Energie und der Geduld ist angebrochen.

Provinzielles.

Graudenz, den 13. Februar. (G. G.) Am Sonnabend fand im schwarzen Adler die Wählerversammlung zur Berathung des bekannten Obertribunalsbeschlusses statt, auf welche wir bereits hingewiesen haben. Den Vorsitz führte Herr Buchhändler Gäbel. Nach kurzer Verhandlung beschloß die Versammlung eine Adresse an das Abgeordnetenhaus zu richten, die im Wesentlichen folgenden Inhalt hatte:

Hohes Abgeordnetenhaus!

Daß die parlamentarische Redefreiheit die Grundbedingung eines verfassungsmäßigen Lebens sei, ist ein unbestreitbarer und bisher unbestrittener Satz. Dieser Grundsatz hat auch im § 84 unserer Verfassung einen ganz deutlichen unzweifelhaften Ausdruck erhalten.

Dem hohen Abgeordnetenhause fühlen wir unterzeichnete Urwähler und Wahlmänner des Graudenz-Rosenberger Kreises uns gedrungen, den wärmsten Dank auszusprechen für die Entschiedenheit, mit welcher dasselbe zur Wahrung dieses Rechts des Hauses sich erhoben hat. Wir erklären daß wir ebenso wie uns der bisherige mächtige Kampf des hohen Hauses für die beschworenen Rechte des Volkes mit höchster Achtung vor demselben erfüllt hat, auch dem Proteste gegen die Obertribunals-Entscheidung unsere unbedingte Billigung zollen und versichern, daß wir nach wie vor treu zu der die Volksrechte vertheidigenden Majorität des Abgeordnetenhauses stehen werden.

Die Versammlung war sehr zahlreich besucht nicht nur von hiesigen Bürgern, sondern auch von Landbewohnern — ein erfreuliches Zeichen für die Einmüthigkeit, welche in unsern Verfassungsfragen das Volk beseelt. Die Adresse hat etwa 400 Unterschriften erhalten

Marienwerder, den 19. Februar. Wie überall, so haben auch hier die letzten Verhandlungen im Abgeordnetenhause und um so mehr die den Obertribunals-Beschluß über die Interpretation des Art. 84. der Verfassung betreffende Debatte großes Interesse erregt und die Sympathie aller Gebildeten gefunden, als hier durch den Sitz des Obergerichts und die Ansenheit so vieler Beamten die Rechtsbegriffe ganz besonders aufgeklärt und die Bürger daher im Stande sind, die so unstrittige Streitfrage nach der materiellen wie formellen Seite hin richtig zu beurtheilen. Abgesehen von den zündenden Reden Twestens, Forckenbecks, Gneists 2c. hat aber die Simsonsche in ganz außerordentlicher Weise hier überall Beifall gefunden und es wird schon daran gedacht, Simson als Candidaten zum Abgeordnetenhause aufzustellen, falls — was bei der andauernden Krankheit Riebolds nicht unwahrscheinlich — hier eine Vakanz eintreten sollte. — Die Gemüther unserer Bürger werden jetzt lebhaft von der Frage in Anspruch genommen, ob eine Gasanstalt eingerichtet werden soll oder nicht und ob die Stadt ein solches Unternehmen selbst in die Hand nehmen oder einer Gesellschaft zur Ausführung übergeben soll. Die Stadtverordneten haben über die ihnen dieserhalb vom Magistrate vorgelegten Propositionen noch keinen definitiven Beschluß gefaßt. Die thatsächlichen Ermittelungen nnd kalkulatorischen Anschläge sollen vielmehr durch den Druck vervielfältigt und den Bürgern mitgetheilt werden, um die Angelegenheit der allgemeinen Besprechung zu unterbreiten und aufzuklären.

Lokales.

— **Schulwesen.** Am Schluß eines Artikels „Ueber die Nothwendigkeit der Reform der Schultische“ im „Sack'schen Schulblatt“ ist folgende Bitte ausgesprochen: „Wir bitten diejenigen Herren, welche das Komité für die sechste preuß. Provinzial-Lehrer-Versammlung in diesem Jahre in Thorn bilden werden — **von dem wir recht bald zu hören hoffen!** — für die Ausstellung neben den bisher gebräuchlichen Schultischen, Schultische nach der (von Dr. Parow) beschriebenen Konstruktion machen und aufstellen zu lassen. Jeder Besucher der Prov.-Lehrer-Versammlung würde dann die Vortheile und Nachtheile derselben neben einander haben und sich leichter ein sicheres Urtheil über dieselben bilden, als dies auf Grund von Erörterungen und Zeichnungen überhaupt geschehen kann. Aeußerst vortheilhaft wäre es noch, wenn das erwähnte Komité in Thorn die neuen Schultische in der von Dr. Parow angegebenen Weise vorher durch den Gebrauch in einer Schule prüfen ließe und dann ein Kollege über die Ergebnisse kurzen Bericht der Versammlung erstattete.“ —

— **Theater.** Am Mittwoch d. 21. d. kam das von uns schon in v. Num. erwähnte 3akt. Lustspiel des Herrn Dr. Brohm „Die Taubstummen“ zur Aufführung und hatte einen glänzenden Erfolg. Die einfache, aber interessante Fabel des Stücks, hat der Verf. mit großem Geschick

---

nicht verstehen wollte, versuchte es nun mit der Bestechung aller großen Zeitungen. Vergebens!

Da erfand das Ministerium Villèle das schimpfliche Gesetz, welches der Volkswitz mit dem Namen „Gesetz der Liebe“ kennzeichnete. Nicht blos wirkliche Preßvergehen sollten bestraft werden, auch eine böse Gesinnung und zu Tage tretende feindliche Tendenzen sollten genügen, eine Zeitung nach Gutdünken unterdrücken zu dürfen.

„Der Wagen rollt dem Abgrund zu!“ riefen schon damals die „Debats“ aus, welche es mit dem Königthum treu meinten. Aber König Karl hörte nicht und berief 1829 das Ministerium Polignac.

Das war die offene Kriegserklärung gegen Alles, was Freiheit und Entwickelung hieß. Selbst die „Debats“ wandten sich nun ab und brachten einen Artikel, welcher ein unerhörtes Aufsehen machte und dessen Worte in ganz Frankreich wiederhallten. Er begann mit den furchtbaren Woten: „So ist es denn doch einmal zerrissen, dieses Band der Liebe und des Vertrauens, welches das Volk mit dem König vereinte,“ und schloß mit dem prophetischen Ausruf: „Unglückliches Frankreich! Unglücklicher König!“

Dieser Artikel war der erste schwere Keulenschlag gegen den Bourbonischen Thron. Bertin wurde vor Gericht gestellt. Der greise Mann trat mit Entschiedenheit für seinen Artikel ein, berief sich aber auf seine Vergangenheit: auch dieser Artikel sei im wahren Interesse des Königs geschrieben.

Das Gericht sprach sein „Nichtschuldig“ und Bertin feierte einen wahrhaften Triumph.

Wenige Monate darauf sank die Monarchie der Bourbonen in den Staub.

und nicht ohne Effekt zu einem dreiaktigen Lustspiele ausgesponnen. Ein junges Paar sieht sich zufällig auf einem Gesangsfeste und Gott Amor führt die Herzen zusammen. Der Zufall ist ihm auch ferner günstig. Das Paar nemlich begegnet sich später, ihrer gegenseitigen Zuneigung noch unbewußt, zum zweiten Male im Hause eines Onkels und einer Tante des Liebhabers, welche aus Gefälligkeit für ihren Neffen und um ihm aus seinen Liebesnöthen zu helfen, sich taubstumm stellen müssen. Hier, im Hause des Onkels, kommt es dann zwischen dem Liebespaar zu einer für beide Theile befriedigenden Erklärung. So einfach ist, wie gesagt, die Fabel, aber ihre Ausführung ist unterhaltend und mit Interesse folgt man dem Stücke von Scene zu Scene bis zum Schluß. Jener Moment ist trefflich motivirt, nur das Motiv für die erheiternd wirkende Taubstummenheit des Onkels und der Tante ist schwach, da sie für den Verlauf der Handlung nicht unbedingt nothwendig erscheint. Das Stück macht und hinterläßt denselben angenehmen Eindruck wie eine einfache, aber doch gehaltvolle Geschichte, die uns ein gemüthlicher, phantasievoller und redekundiger Erzähler vorträgt. Das gefüllte Auditorium dankte dem Dichter für die Unterhaltung, welche sein Lustspiel gewährt hatte, durch einen zweimaligen Hervorruf, für den der Regisseur Herr Blattner im Namen des abwesenden Verfassers dankte. Die Aufführung selbst machte leider im Ganzen den Eindruck einer ersten Probe. — Dem Lustspiele folgte die bekannte Posse von Kalisch „Ein gebildeter Hausknecht", welche auch jetzt noch, wie früherhin, namentlich durch das drastische Spiel des Herrn Klickermann „Nitschke", die Lachmuskeln der Zuschauer nicht wenig afficirte.

† Wir halten es für angemessen, das hiesige Publikum aufmerksam zu machen, auf den beachtenswerthen Genuß, der demselben in der Abschieds-Benefiz-Vorstellung der Frau Antonie Kullack-Riedel dargeboten wird. Zur Aufführung kommt: „Waldlieschen" oder: „Die Tochter der Freiheit", ein Charakterbild mit Gesang von Elmer, welches Stück lebhaft an die leider so früh vom Repertoir verschwundenen Raimund'schen Werke erinnert. Es ist anzuerkennen, daß die verdienstvolle Benefiziantin bei ihren früheren Benefizen stets eine gute Wahl getroffen hat, und wir sind überzeugt, daß durch die heute stattfindende Abschiedsvorstellung Frau Kullack-Riedel sich bei allen Theaterbesuchern ein freundliches Andenken bewahren wird.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

Thorn, den 22. Februar. Es wurden nach Qualität und Gewicht bezahlt, für
Weizen: Wispel gesund 56—68 thlr.
Weizen: Wispel Auswahl per 85 Pfd. 38—54 thlr.
Roggen: Wispel 40—42 thlr.
Erbsen: Wispel grüne 42—44 thlr.
Erbsen: weiße 43—45 thlr.
Erbsen: Wispel Futterwaare 38—40 thlr.
Gerste: Wispel große 27—34 thlr.
Gerste: Wispel kleine 28—30 thlr.
Hafer: Wispel 20—22 thlr.
Kartoffeln: Scheffel 11—13 sgr.
Butter: Pfund $8\frac{1}{2}$—9 sgr.
Eier: Mandel $5\frac{1}{2}$—6 sgr.
Stroh: Schock $9\frac{1}{2}$—10 thlr.
Heu: Centner $22\frac{1}{2}$—25 sgr.

— Agio des Russischen-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier $129\frac{1}{4}$ pCt. Russisch-Papier $129\frac{1}{2}$ pCt. Klein-Courant 26 pCt. Groß-Courant 10—15 pCt. Alte Silberrubel 8—$8\frac{1}{2}$ pCt. Neue Silberrubel 5—$\frac{1}{2}$ pCt. Alte Kopeken 8—10 pCt. Neue Kopeken 18 pCt.

Amtliche Tages-Notizen

Den 22. Februar. Temp. Kälte 9 Grad. Luftdruck 28 Zoll 4 Strich. Wasserstand 4 Fuß 10 Zoll.

Briefkasten.

Eingesandt. Der Liedertafel besten Dank für das Concert und die Bitte um baldige Wiederholung.

Una pro multis.

Inserate.

Mittwoch den 31. Januar ist aus dem Gastzimmer zum „Hotel de Warschau“ eine braunlila lederne Reisetasche, Bücher aus der Leihbibliothek des Herrn **E. Lambeck** enthaltend, verschwunden, und wird gebeten, dieselbe in der Exped. des Thorner Wochenblatts abzugeben.

Stadttheater in Thorn.

Freitag, den 23. Januar. Zum Benefiz für Frau **Kullack-Riedel.** Zum ersten Male: **„Wald-Lieschen“** oder: **„Die Tochter der Freiheit.“** Charakterbild mit Gesang in 3 Abtheilungen von Carl Elmar. Musik von C. Tittl, Kapellmeister des K. K. Hofburg-Theaters in Wien.

Die Direktion.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.